

SOZIALPOLITISCHE FORDERUNGEN DER CARITAS ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



Caritasverband
für die Diözese
Limburg e. V.



NIEMAND DARF
SOZIAL ABSTÜRZEN!

KLIMASCHUTZ
MUSS SOZIAL
UND GERECHT
SEIN!

GUTE PFLEGE IST MENSCHENRECHT! FORDERUNGEN DER CARITAS IM BEREICH PFLEGE & SORGE



Pflege muss bezahlbar sein:

- volle Kostenübernahme bei der medizinischen Behandlungspflege durch die Krankenkassen
- Pflegeversicherung zu einer echten Teilkaskoversicherung weiterentwickeln – Eigenanteile von pflegebedürftigen Menschen begrenzen
- einheitliche Versicherungspflicht für alle, sowohl für gesetzlich als auch für privat Versicherte

Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern:

- Bezahlung in der Pflege verbessern
- Maßnahmen, die zu einer Entspannung der Personalsituation führen, entwickeln und umsetzen
- Personalbemessungsverfahren für vollstationäre Pflegeeinrichtungen einführen
- Kompetenzen von Pflegefachkräften erweitern
- in Einrichtungen Bürokratie abbauen und die Digitalisierung stärken

Pflegende Angehörige und sorgende Gemeinschaften stärken:

- Leistungen der häuslichen Pflege transparent, kombinierbar und flexibel gestalten und ein Entlastungsbudget einführen
- gesetzlich geregelten Anspruch von pflegenden Angehörigen auf eine Pflegeberatung einführen – analog zum Anspruch von Pflegebedürftigen auf Pflegeberatung (§ 37 Abs. 3 SGB XI)
- flächendeckender, niedrigschwelliger Zugang zu Kursangeboten und Schulungen in der Häuslichkeit für pflegende Angehörige (§ 45 SGB XI)
- pflegende Angehörige finanziell entlasten durch die Einführung einer Entgeltersatzleistung analog zum Elterngeld bei der Pflegezeit

Sozialpolitisches Hintergrundpapier der Caritas zur Bundestagswahl 2021:

https://www.dasmachenwirgemeinsam.de/wp-content/uploads/2021/07/Sozialpolitische-Positionen-der-Caritas_Neue-Normalitaet-gestalten.pdf

NIEMAND DARF SOZIAL ABSTÜRZEN! FORDERUNGEN DER CARITAS IM BEREICH SOZIALE SICHERUNG



Soziale Sicherungssysteme auf Lücken überprüfen:

- flächendeckende (auch präventive) Schuldnerberatung mit Rechtsanspruch
- Suchtberatung mit kostendeckender, bundesweit einheitlicher und verlässlicher Finanzierung der Grundversorgung
- angemessene Unterbringung von wohnungs- und obdachlosen Menschen
- Zugangshürden zu Angeboten der Daseinsvorsorge beseitigen → Sprachvermittlung für Menschen mit Migrationshintergrund, interkulturelle Öffnung in Behörden und öffentlichen Einrichtungen verankern und umzusetzen
- Kommunen finanziell auskömmlich ausstatten für eine verlässliche Daseinsvorsorge sowie angemessene Angebote einer sozialen Infrastruktur
- vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie Regelungen zur Bestandssicherung von Diensten und Einrichtungen in das Sozialgesetzbuch aufnehmen (bei behördlichen Maßnahmen zur Abwehr einer epidemischen Lage)

Kinderregelsätze und die Grundsicherungsleistungen real berechnen:

- gesetzliche Vorgaben beim Bildungs- und Teilhabepaket reformieren und Bürokratie abbauen
- einheitliche, transparente sowie sach- und realitätsgerechte Ermittlung und Umsetzung eines Teilhabe gewährleistenden Existenzminimums für Kinder- und Jugendliche
- rechtssichere Ermittlung der Kosten für Unterkunft und Heizung (SGB II und SGB XII) sowie bundeseinheitliche Rahmenbedingungen
- bestehende monetäre Leistungen für Kinder und Jugendliche stärker bündeln

Bildungsgerechtigkeit durchsetzen:

- gute frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sicherstellen, Kindertageseinrichtungen stärken
- Qualitätsstandards im Kontext des Gute-Kita-Gesetzes implementieren
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern verankern
- Kooperation zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe sowie ein gemeinsames, sozialräumlich orientiertes und inklusives pädagogisches Betreuungskonzept
- Gesamtstrategie zur Gewinnung, Qualifizierung und Bindung von Fachkräften im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe
- Zugang zu digitalen Endgeräten für alle Kinder und Jugendliche ermöglichen → Digitalpakt in der Kinder- und Jugendhilfe
- Leistungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe von Anfang an auch für Kinder und Jugendliche im Asylverfahren zugänglich machen
- Systematischer Ausbau der Schulsozialarbeit

Sozialpolitisches Hintergrundpapier der Caritas zur Bundestagswahl 2021:

https://www.dasmachenwirgemeinsam.de/wp-content/uploads/2021/07/Sozialpolitische-Positionen-der-Caritas_Neue-Normalitaet-gestalten.pdf

KLIMASCHUTZ MUSS SOZIAL UND GERECHT SEIN! FORDERUNGEN DER CARITAS IM BEREICH KLIMASCHUTZ



CO2-Bepreisung samt Klimaprämie (auch Klimageld) einführen:

Der Ausstoß von Treibhausgasen muss deutlich teurer werden. Damit eine Bepreisung nicht zuvorderst Einkommensärmere betrifft, sind die Einnahmen in Form einer Klimaprämie anteilmäßig an alle zurückzugeben. Durch den geringeren Energieverbrauch erhalten Einkommensärmere mehr zurück als sie in Form von höheren CO2-Abgaben zahlen. Um Härtefälle zu vermeiden (hoher Stromverbrauch wegen Nachtspeicheröfen etc.), bedarf es eines Ausgleichfonds.

Öffentliche Infrastruktur/Daseinsvorsorge (Verkehr/Wohnen/Wärme/Energie) ausbauen:

Damit einkommensärmere Haushalte bei einer steigenden CO2-Bepreisung alternative Handlungsmöglichkeiten bekommen, ist die öffentliche Infrastruktur auszubauen, beispielsweise in den Bereichen Verkehr, Wohnen (kommunale Wohnungsunternehmen sind günstiger und i.d.R. klimaeffizienter als private Wohnungsunternehmen) und Wärmeversorgung.

Klimaschädliche Subventionen abbauen:

Nach wie vor ist die Liste der klimaschädlichen Subventionen und deren Höhe vor allem im Verkehrsbereich erschreckend (z.B. Dienstwagenprivileg, Steuervergünstigung für Dieselmotoren, Förderung des Flugverkehrs). Diese gilt es rasch zurückzufahren und freiwerdende Mittel in den Ausbau einer öffentlichen, klimafreundlichen Infrastruktur zu investieren.

Sozialpolitisches Hintergrundpapier der Caritas zur Bundestagswahl 2021:

https://www.dasmachenwirgemeinsam.de/wp-content/uploads/2021/07/Sozialpolitische-Positionen-der-Caritas_Neue-Normalitaet-gestalten.pdf